

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



36. Jahrgang / 150

11. August 1981

Inhalt

Paul Neumann MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, hat Zweifel an der Richtigkeit der Neutronenbomben-Entscheidung des US-Präsidenten.
Seite 1/2

Alexander Longolius, Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses, fordert zum 20. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer Friedenspolitik als Antwort auf die Friedlosigkeit.
Seite 3/4

Hugo Brandt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich mit Hans Josef Horchem über dessen Kritik am Verfassungsschutz auseinander.
Seite 5/6

Ludwig Stiegler MdB, setzt sich für eine Beibehaltung der Zonenrandförderung ein.
Seite 7/8

Dr. Alfred Emmerlich MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion, warnt vor den Gefahren eines neuen Rechtsextremismus.
Seite 9

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Bündnissolidarität ist keine Einbahnstraße

Von Paul Neumann MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der
SPD-Bundestagsfraktion

Der Präsident der USA, Ronald Reagan, hat entschieden, die Neutronenwaffe zu bauen. Ob diese Entscheidung richtig war, muß sich erst noch zeigen.

Denn die Bündnispartner in der NATO haben diese Entscheidung bisher nicht gerade mit Freuden begrüßt: Norwegens Regierung betrachtet diese Entscheidung als Hindernis für die im Herbst vorgesehenen Abrüstungsverhandlungen. Ähnlich sieht es die dänische Regierung. Die Meinung in den Niederlanden ist bekannt. Die Bundesregierung hat erklärt, daß die Stationierung der Neutronenwaffe in der Bundesrepublik Deutschland derzeit nicht in Betracht komme. Die Produktion dieser Waffe wird als inneramerikanische Entscheidung betrachtet. Wenn es stimmt, daß US-Präsident Reagan sich der Meinung des US-Verteidigungsministers Weinberger angeschlossen habe, daß militärische Entscheidungen der USA nicht von politischen Sorgen der Europäer bestimmt sein dürfen, dann ist dies eine Einstellung, wie sie unter Bündnispartnern fehl am Platze ist. Sie kann dazu beitragen, daß in der öffentlichen Meinung in den europäischen Bündnisländern künftig auch nicht mehr jeder amerikanische Schritt akzeptiert wird: Bündnissolidarität ist keine Einbahnstraße!



Der Bundeskanzler hat am 11. April 1978 vor der SPD-Bundestagsfraktion inhaltlich folgendes ausgeführt: "Die Bundesregierung hat der amerikanischen Regierung seit dem Herbst 1977 kontinuierlich erklärt, daß sich die Bundesrepublik Deutschland an Produktionsentscheidungen über die Neutronenwaffe nicht beteiligt. Denn die Bundesrepublik ist kein Nuklearwaffenstaat, wir haben den Nichtverbreitungsvertrag ratifiziert. Wir können und wollen nicht den Eindruck erwecken, als wollten wir quasi durch die Hintertür dennoch an Dispositionen über Nuklearwaffen teilhaben. Wir haben der amerikanischen Regierung des weiteren gesagt, daß, sollte sie sich positiv für den Bau der Waffe entscheiden, wir diese Waffe in die Internationalen Verhandlungen und Gespräche zur Rüstungskontrollpolitik einbezogen wissen möchten!"

Insofern ist Genschers Vorschlag nicht neu. Wer sich die Mühe macht, die Presse vom Februar 1981 nachzulesen, wird dort finden, daß Anfang Februar 1981 bei der NATO in Brüssel die Neutronenwaffe kein aktuelles Thema mehr war, nachdem der US-Außenminister Haig eine klärende Stellungnahme abgegeben hatte. In der FAZ vom 9. Februar 1981 zitierte Adalbert Weinstein "ein Mitglied des NATO-Rates" mit der lakonischen Bemerkung, die Neutronenwaffe sei vorerst "vom Fenster weg".

Der amerikanische Präsident bürdet mit seiner Entscheidung den europäischen Partnern, die in ihren Ländern genug damit zu tun haben, ihren Völkern die Richtigkeit des NATO-Doppelbeschlusses zu erklären, eine zusätzliche Auseinandersetzung auf. Und das in einer Zeit, in der in Europa fast alle darauf warten, daß die beiden Supermächte in Verhandlungen eintreten, um die Rüstungsspirale herunterzuschrauben.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jürgen Wischniewski hat gestern die Position der SPD zur Entscheidung Reagans deutlich gemacht:

- Die SPD nimmt zur Kenntnis, daß dies eine Entscheidung der Vereinigten Staaten ist und daß an eine Stationierung der Neutronenwaffe in Europa nicht gedacht wird.
Die Bundesregierung wird ersucht, bei den notwendigen Verhandlungen im Bündnis darauf zu dringen, daß eine Haltung eingenommen wird, die diese Waffe in Europa nicht zur Dislokation bringt.
- Die SPD stellt mit Bedauern fest, daß die auch von ihr ausdrücklich begrüßte Initiative der Bundesregierung zu einem "Umfassenden Abrüstungsprogramm" durch die Entscheidung der USA einen anderen Stellenwert erhält.
- Die SPD befürchtet, daß denjenigen in der Bundesrepublik, die nichts unversucht lassen, den Antiamerikanismus zu schüren, durch die amerikanische Entscheidung neue Argumente geliefert werden. Die neue Regierung in den Vereinigten Staaten ist offensichtlich mit der Lage in Europa noch nicht in dem Maße vertraut, wie dies zwingend notwendig wäre.

Die CDU/CSU-Opposition hat durch ihren Parlamentarischen Geschäftsführer, Philipp Jenninger, erklärt, "diesmal eine nüchterne und 'rationale Debatte' zu führen". Soweit so gut. Wenn aber der Außenpolitische Sprecher der CSU, Hans Graf Huyn, der die Entscheidung Reagans - genau wie Jenninger - begrüßt, sofort andere Meinungen damit denunziert, daß deren Vertreter "offen zum Parteigänger Moskaus" werden, dann zeigt sich die Heuchelei der Forderung nach "rationaler Debatte".

Die Opposition scheint heute nicht mehr fähig zu sein, über Probleme, die an die Substanz unseres Landes und unseres Volkes gehen können, sachlich - wenn auch engagiert - zu sprechen.
(-/11.8.1981/hj/hgs)

+ + +



Der 13. August: Unsere Verpflichtung bleibt

Die Antwort auf die Friedlosigkeit ist die Friedenspolitik

Von Alexander Longolius

Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses

Seiten verbinden sich bei einem Jahrestag so sehr die Belastungen der Geschichte mit den Aufgaben der Gegenwart, wie dies beim 13. August, dem Tag des Mauerbaus, der Fall ist. An ihm schlug die Konfrontation der großen Machtsysteme Ost und West, die erst durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen in hautnahe Berührung kamen, am brutalsten auf den Verursacher zurück.

Ein Mauerbau im 20. Jahrhundert: Der Anachronismus unterstreicht die Probleme eines politischen Systems, das die innere Stabilität nur mit derart jämmerlichen Methoden garantieren kann. Auch die nachträgliche Heroisierung des 13. August 1961 in der DDR, auch die ständige Wiederholung der verlogenen These vom "antifaschistischen Schutzwall" ändern nichts an der Tatsache, daß nur die fast totale Absage an Freizügigkeit und an grenzübergreifende menschliche Kommunikation den Bestand der DDR retten konnte. Beton als Ersatz für innere Reformen: Damit war auch der Sozialismus endgültig verraten.

Die Mauer sollte auch die deutsche Nation zerstören. Die Fluchtbewegung vor dem 13. August 1961 war nicht nur ein Beweis für die materielle Sogwirkung des Wirtschaftswunderlandes Bundesrepublik, sondern auch für einen sehr nationalen Vorgang: Das war kein Auswandern, die Menschen blieben in Deutschland. Und das wollten sie auch.

Vergessen wir nicht, wie viel sie schon vor dem Mauerbau dabei aufgegeben haben, wie kärglich ihr Gepäck war und wie ungewiß ihre Zukunft. Das war auch in den 50er Jahren nicht das leichte Überwechseln in ein gemachtes West!

20 Jahre Mauer und Todesstreifen in Berlin und Deutschland, das sind auch weiterhin 20 Jahre Flucht aus der DDR. Erfolgreiche, dabei oft abenteuerliche Flucht, verhinderte, kommerziell vermarktete, vor allem aber immer lebensgefährliche Flucht, weil Menschen in Freiheit leben wollten. Viele haben diesen Wunsch mit ihrem Leben bezahlen müssen. Der "Schutzwall", sagt die DDR, soll vor "Faschisten" schützen, der Schießbefehl gilt den eigenen Bürgern. Die Bevölkerung der DDR steht bei ihren Führern wahrlich in einem schlechten Ruf!

Diese Feststellungen sind aber noch keine Politik. Bemühungen um Frieden und Vernunft in der Welt, die nicht in erster Linie das Interesse von Systemen, sondern das der Menschen im Auge haben, müssen hier ansetzen. Der 13. August 1961 war daher zu Recht auch ein Tag der Besinnung bei all den gesellschaftlichen Kräften, die über Konfrontationen nicht nur lamentieren, sondern sie auch überwinden wollen.

Die Entwicklung einer neuen Deutschland-, Ost- und Entspannungspolitik war das Ergebnis. Sie entsprach nicht nur einer nationalen Verpflichtung, einer zutiefst patriotischen Überzeugung ihrer Väter, sondern auch dem Interesse der internationalen Politik. Die militärische Konfrontation in Europa gefährdete und gefährdet auch die Polen und die Franzosen, auch die Ungarn und Holländer. Die große Anerkennung für Willy Brandt und Walter Scheel im Ausland war der Ausdruck der Erleichterung darüber, daß sich endlich auch wieder deutsche Politikernamen mit dem Begriff "Frieden" verbinden ließen.



Die oft wiederholte Feststellung, daß es keine realistische Alternative zur Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition gibt, ist gerade angesichts der Mauer, gerade zum 20. Jahrestag ihrer Errichtung aktuell und wichtig.

Es ist von geschichtlicher Logik, daß die gedanklichen Ansätze für den neuen Anfang in Berlin entstanden, dort also, wo die alte Politik am deutlichsten in die Sackgasse geführt hatte. Die deutsche Unterstützung für Ost-West-Gespräche, in der Bundesrepublik Deutschland durch die sozialliberale Koalition in der DDR etwas zögerlicher nach der Ablösung von Walter Ulbricht, führten denn auch zunächst in Berlin zu praktischen Verbesserungen bei den Vereinbarungen der vier Mächte. Sie waren die Voraussetzung für den Grundlagenvertrag und die daraus folgenden Abmachungen.

Sie alle sind das Ergebnis einer von der CDU immer heftig bekämpften Politik, die mit Vernunft und Augenmaß, mit Geduld und Beharrlichkeit für die Menschen in Deutschland arbeitet. Wer unerfüllbare Forderungen an diese Bemühungen stellt und wer glaubt, die Bundesregierung könne allein das europäische Machtgefüge verändern, muß sich vorwerfen lassen, er wolle diese Politik eigentlich nicht. Zumindest hat er ihre Grundlagen nicht begriffen. Natürlich kann sich jeder bessere Lösungen vorstellen. Natürlich ist die Politik des Status Quo unbefriedigend, wenn sie zu einer Verarmung der menschlichen Kontakte führt. Natürlich ist die - im wahrsten Sinne des Wortes - Zementierung der Konfrontation eigentlich kein Beitrag zu ihrem Abbau. Aber realistisch und verantwortlich ist eben nur eine Politik auf der Grundlage der harten Fakten der Machtverhältnisse, der teilweise aggressiven Unsicherheiten, der internationalen Verflechtungen.

Zu diesem notwendigen Realismus gehört es auch, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, denen die Politik der begrenzten Kooperation in Europa immer wieder unterworfen sein wird. Die Aufrechterhaltung von Machtstrukturen wird dabei immer eine wichtige Rolle spielen. Wenn unsichere Systeme nervös werden, reagieren sie repressiv, wie zum Beispiel die DDR 1972 und 1980. Für die Deutschen in beiden Staaten sind dies ernste Rückschläge. Sie müssen überwunden werden, mit kleinen Schritten, nach und nach, Geduld und langer Atem helfen hier mehr als Appelle und Beschwörungen.

Der Weg ist noch weit. Unsere Verpflichtung für die Menschen in Deutschland bleibt groß. Unsere Antwort auf die Friedlosigkeit der Mauer kann nur die Fortsetzung unserer Friedenspolitik sein, die nicht nur Regierungen stabilisieren, sondern vor allem Menschen zusammenführen soll.

(-/11.8.1981/v0-he/va)

+

+

+



Herrn Horchens Gewerbe

Wie ein Verfassungsschützer dem Schutz der Verfassung schadet

Von Hugo Brandt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der SPD-Bundestagsfraktion

In der "Welt" vom 6. August 1981 ist manche Meinung zu lesen, der ich nicht zustimme. "Die Welt" wäre nicht "Die Welt", wenn es anders wäre, und im Übrigen mag's auch nicht darauf ankommen. Nur, wenn bestimmte Fachleute sich zu Wort melden, um sich zu empfindlichen politischen Themen zu äußern, ist es meist Zeit, Deckung zu suchen - bei Artikeln wiederum von Hans Josef Horchem genügt es, den Regenschirm aufzuspannen, um nicht Spucke abzukriegen.

Es lohnt sich, sich zunächst ein paar Sätze lang bei der Sprache aufzuhalten. Die Welt ist voll von falschen Bildern, und diesmal ist nicht nur die Tageszeitung gemeint. "Die Schraube dreht sich weiter nach unten", dieser Satz meint in dem Artikel etwas schlechtes, dabei ist außer Frage, daß es die Aufgabe von Schrauben ist, sich nach unten zu drehen. Es gibt eine Schraube nur, damit sie sich nach unten drehe. Aber das nur nebenbei. Der Artikel ist ein Meisterbeispiel für die Verlüderung der Sprache. Das könnte mir egal sein, aber Sprache ist immer Ausdruck des Denkens. Die Ungeauigkeit der Sprache entspricht der Schlampigkeit des Denkens.

Das wird ganz besonders deutlich in der Überschrift. Der Artikel ist überschrieben "Wie man den Schutz der Verfassung herunterwirtschaftet." Diese Überschrift ist freilich mehr als nur sprachlicher Unfug, sie ist eine politische Anmaßung; schlimmer noch: ein Irrtum. Die Rede ist im Artikel vom Verfassungsschutz, der Institution, der Behörde, die bei uns kurz Verfassungsschutz genannt wird. Schutz der Verfassung hingegen ist etwas gänzlich anderes. Die Verästelungen, der Formenreichtum der deutschen Sprache kann Sachverhalte in vielen Abstufungen ausdrücken, und sie kann nur mit geringfügigen Veränderungen in der Wortwahl und der Satzstellung völlig unterschiedliches darstellen. Wer Verfassungsschutz und Schutz der Verfassung gleichsetzt, hat diesen Unterschied nicht begriffen. Und es ist besonders schlimm, wenn diese politisch gefährliche Gleichsetzung von einem der höchsten Beamten des Verfassungsschutzes verbreitet wird.

Horchem knüpft an zwei Schlappen, die der Verfassungsschutz durch eigenverschuldete Dämlichkeiten hat hinnehmen müssen, die Überlegung: "Letztlich sind sie das Ergebnis einer Personalpolitik, die seit Jahren nicht mehr in der Lage ist, die Besten oder auch nur die Zweitbesten zu engagieren." Sein Artikel legt allerdings nahe, daß er selber das Ergebnis der so geschilderten Personalpolitik ist. Er mag mir das bitte sehr übel nehmen, aber ist er sich darüber im klaren, welche Wirkung eine solche Aussage auf die Mitarbeiter der Verfassungsschutzämter haben muß? Horchem scheint von der Diskussion der vergangenen Jahre wenig begriffen zu haben, und das leider auch noch falsch. Daß er für seine Zwecke ausgerechnet Machiavelli zitiert, ist eine Geschmacksfrage: "Ich glaube nicht, daß man in einem Staat ein schlechteres Beispiel geben kann, als ein Gesetz zu erlassen und es nicht zu beachten; das schlimmste aber ist, wenn der Gesetzgeber selbst es nicht einhält." Dieses Zitat stammt aus dem 45. Kapitel der "Discorsi". Es ist ihm dringend anzuraten, nur ein einziges Kapitel weiterzulesen; dann wird er auch den Satz finden: "So nahm sich, in dem Wunsche, die Freiheit zu beschützen, jeder soviel heraus, daß er den anderen unterdrückte."

Vielleicht findet er auch noch weiteres Nützliches, aber ich möchte eigentlich schon ganz gern wissen, in welchem Gesetz steht und welcher Vernunft es entsprechen könnte, daß



der Fahrkartenknipser keine Fahrkarten mehr knipsen darf, der Lokführer keine Lokomotive mehr fahren und der Briefträger keine Briefe mehr austragen darf, wenn er bloß Kommunist ist oder war, oder auch nur so scheint. Es wäre auch ganz gewiß dem Verfassungsschutz dienlicher, seiner Arbeit und seinem Ansehen, wenn er sich auf seine eigentliche Aufgabe konzentrieren dürfte, und das ist die, - in den Worten von Horchem - der Sammlung und Auswertung von Informationen über Verfassungseinde (gemeint sind politische Extremisten, die den demokratischen Staat abschaffen möchten) und Spionen der Wahrheit nahezu kommen.

Statt des wieder viel zu hohen Anspruchs, der Wahrheit nahe zu kommen, würde es mir schon genügen, wenn die Informationen des Verfassungsschutzes zutreffend sind. Und wenn sie zutreffend sind, können sie auch mitgeteilt werden, sie müssen sogar. Und da hat Horchem schon wieder etwas mißverstanden. Er meint, die Forderung nach mehr Transparenz habe es schon so weit gebracht, daß der Verfassungsschutz in Unterhosen dastehe, und das habe ihn sogar lächerlich gemacht. Ich will mich über die Ästhetik von Unterhosen und was darin steckt nicht auslassen, aber eines ist sicher: Horchem verwechselt Transparenz mit Exhibitionismus. Niemand hat vom Verfassungsschutz verlangt, er solle sich seiner Kleider entledigen. Aber Durchsichtigkeit der Motive und Ergebnisse bleibt weiter mein Verlangen, und der Begriff Transparenz sollte genau das bezeichnen und nichts anderes. Gerade das ist aber so oft gesagt worden, daß es ja irgendwann einmal in Hamburg hätte ankommen müssen.

Aber da nun fast jede Behauptung des Artikels den Widerspruch herausfordert, will ich es bei einer letzten Anmerkung belassen. Horchem nimmt den Protest Eugen Loderers, des Vorsitzenden der IG Metall, die Verfassungsschutzämter sollten verdammt noch mal die Betriebsräte in Ruhe lassen, zum Anlaß zu behaupten, da sehe man wieder einmal, wie peinlich es der IG Metall sei, daß erneut offenkundig werde, wie weit sie schon von Kommunisten "penetriert" sei. Genug jetzt von miserablen Deutscher. Die Formulierung von der penetrierten Gewerkschaft aber ist penetrant. Ist dem denn wirklich nicht begreiflich zu machen, daß die Gewerkschaften mit ihren Problemen selber zurecht kommen können, und am allerwenigsten den Verfassungsschutz dazu brauchen? Überdies informiert Horchem falsch, oder weiß es nicht besser, und es sei dahingestellt, was schlimmer ist.

Kein Mensch hat die Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung verboten, und wenn Horchem die Bottroper Aktion in die Nähe der abgeschlossen diskutierten Überprüfung von Kommunisten in Betriebsräten rückt, leistet er dem Verfassungsschutz einen Bärendienst. Daß es darum nicht ging, müßte er wissen.

Ich denke nicht daran, mich dem Innenleben der Panikmacher und Hysterieproduzenten zu nähern, aber eines würde mich halt doch interessieren. Es gibt laut Verfassungsschutzbericht 1980 63.700 Mitglieder in kommunistischen Parteien aller Schattierungen (wieder 4.000 weniger als 1979). Mit diesen gut 60.000 Mitgliedern schaffen sie es also, die IG-Metall und den gesamten DGB zu "penetrieren". Die schaffen es auch, den öffentlichen Dienst zu unterwandern und die Universitäten zu verseuchen. Ich möchte wissen, wie die das machen?
(-/11.8.1981/vo-he/va)

+

+

+



Zehn Jahre Zonenrandförderungsgesetz

Von Ludwig Stiegler MdB

Mitglied des Rechtsausschusses und des Unterausschusses für Zonenrandförderung
des Deutschen Bundestages

Am 7. August 1971, vor 10 Jahren, ist das Zonenrandförderungsgesetz im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Damit hatte die seit 1953 auf der Grundlage von Verwaltungsvorschriften und Haushaltsbeschlüssen praktizierte Zonenrandförderung einen stabilen gesetzlichen Rahmen erhalten, der den Stellenwert der Zonenrand- und Grenzlandförderung gegenüber Schwankungen der Tagespolitik und auch gegenüber Angriffen aus der Europäischen Gemeinschaft absicherte und noch absichert. Der Bundestag hat das Gesetz einstimmig verabschiedet. Es ist von allen Fraktionen und Parteien immer als Ausdruck der nationalen Solidarität mit den Menschen, "die ohne eigene Schuld an den Rand des Geschehens gedrängt worden sind" (Herbert Wehner), verstanden und unterstützt worden.

Die Zielsetzung des Gesetzes ist heute noch genauso aktuell wie 1971:

"Zum Ausgleich der Auswirkungen der Teilung Deutschlands ist die Leistungskraft des Zonenrandgebietes bevorzugt zu stärken. Der Förderung des Zonenrandgebietes ist von den Behörden des Bundes, den bundesunmittelbaren Planungsträgern und im Rahmen der ihnen obliegenden Aufgaben von den bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts besonderer Vorrang einzuräumen." (§ 1)

Die Förderungsinstrumente des Gesetzes sind so vielfältig wie die Probleme, die das Zonenrand- und Grenzgebiet bis heute drücken:

- Die bevorzugte Berücksichtigung bei der regionalen Wirtschaftsförderung, die in der Gemeinschaftsaufgabe festgeschrieben ist.
- Der Ausbau der Infrastruktur für die Kommunen und die Wirtschaft.
- Der Ausgleich, der durch die Teilung Deutschlands bedingten Frachtmehrkosten (Frachthilfe).
- Die bevorzugte Berücksichtigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, um Standortnachteile auszugleichen.

Bund und Länder haben diese Zielsetzung erst kürzlich wieder bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" bekräftigt. Das Zonenrandgebiet ist als geschlossenes Fördergebiet erhalten geblieben.

Besonders zu erinnern ist gerade in diesen Wochen und Monaten an § 4 des Gesetzes, der die bevorzugte Förderung der Verkehrserschließung und der Verkehrsbedienung im Zonenrandgebiet im Rahmen des Ausbaues der Bundesverkehrswege vorschreibt und aufgibt, den öffentlichen Personennahverkehr im Zonenrandgebiet durch Schaffung von Verkehrsverbänden besonders zu entwickeln.

Die Berichte der Bundesregierung über den Fortgang der Verkehrserschließung des Zonenrandgebietes weisen seither beachtliche Fortschritte auf, aber auch noch bemerkenswerte Lücken, die es zu schließen gibt. Besonders dringlich ist die Inangriffnahme einer Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs. Bund, Länder und Gemeinden müssen insbesondere wegen der drückenden Benzinkosten gerade im Zonenrandgebiet mit seinen weiten Pendlerentfernungen und niedrigen Durchschnittsverdiensten dringlich ein annehmbares Nahverkehrsangebot gemeinsam entwickeln.

Von ganz besonderer Bedeutung waren und sind die kulturellen Maßnahmen. Gemeinden und Landkreise im Zonenrand- und Grenzgebiet sind in aller Regel ohne zusätzliche Hilfe



des Bundes und der Zonenrandländer nicht in der Lage, der Grenzlandbevölkerung vergleichbare kulturelle Lebensbedingungen und soziale Einrichtungen, insbesondere auf dem Gebiet des Sports, der Erwachsenenbildung und der Jugend- wie Altenpflege zu bieten, wie sie in anderen Gebieten selbstverständlich Standard geworden sind.

Hier hat die Hilfe des Bundes im Geltungszeitraum des Zonenrandförderungsgesetzes bei rund 1.500 Einzelmaßnahmen vieles möglich gemacht, auf das die Grenzlandbevölkerung sonst hätte verzichten müssen. Die Hilfen des Bundes sind in jedem Dorf, in jeder Kleinstadt sichtbar. Sie sind damit auch kontrollierbarer Ausdruck der nationalen Solidarität mit dem Zonenrand- und Grenzgebiet. Diese Hilfe zur Selbsthilfe hat das eigene Engagement der Grenzlandbevölkerung nachhaltig gesteigert.

Die Zonenrandförderung steht unter dem Finanzvorbehalt der jeweiligen Haushaltspläne. Der Wert des Gesetzes und die Tragfähigkeit der Absichtserklärungen müssen daher von der Bundesregierung, den Haushältern und letztlich vom gesamten Parlament alle Jahre wieder unter Beweis gestellt werden.

Gerade in Zeiten, in denen Prioritäten und Posterioritäten neu geordnet werden, muß sich der Wert des Zonenrandförderungsgesetzes erweisen!

Nach wie vor hat dieses Gebiet den Entwicklungsrückstand nicht aufholen können. Die extreme Randlage ist immer noch harte Realität. Leider haben die Arbeitsamtsbezirke im Zonenrand- und Grenzgebiet immer noch die höchsten Arbeitslosenquoten. Die Abwanderungsraten der jungen Generation sind immer noch bedrückend. Die internationale Lage trägt nicht gerade zur Steigerung des Lebensgefühls an der Grenze bei. Ohne nationale Solidarität geht es deshalb auch und gerade jetzt nicht.

All denen, die an der Zonenrandförderung drastisch sparen wollen, muß gesagt werden, daß z.B. die kulturelle und soziale Förderung des Zonenrandgebietes schon in den letzten Jahren nominal und natürlich erst recht real zurückgenommen worden ist. Weitere Einsparungen sind, wenn schwerer Vertrauensschaffen vermieden werden soll, nicht mehr vertretbar. Das muß das Bundeskabinett bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes 1982 berücksichtigen. Auch der Finanzminister und das gesamte Kabinett sind an § 1 des Zonenrandförderungsgesetzes gebunden. In jeder Regierungserklärung stand bisher das Bekenntnis zur bevorzugten Berücksichtigung des Zonenrandgebietes.

Gefragt ist aber auch das gesamte Parlament mit den Haushältern an der Spitze. Auf sie kommt es an, ob die "nationale Solidarität mit dem Zonenrand- und Grenzgebiet" ein schönes Wort oder soziale Realität bleibt. Eine Realität, die sich in harten Zahlen ausdrücken muß.

Die Zonenrandförderung betrifft zwar nur vier Bundesländer, nämlich Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Sie betrifft direkt in erster Linie nur die Zonenrandabgeordneten, immerhin aber rund 70 Parlamentarier aus allen Fraktionen, die in Fragen der Grenzlandförderung immer einen gemeinsamen Nenner gefunden haben. Auf sie wird es in den kommenden Monaten besonders ankommen. Hier stehen wir in der Tradition von Karl Herold, von Egon Höhmann, von Franz Zebisch, die sich mit dem heutigen Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Kreuzmann bei der Erarbeitung des Zonenrandförderungsgesetzes besondere Verdienste erworben haben. Sie alle konnten sich bei ihrer Arbeit vor allem auf Herbert Wehner stützen, der als Vorsitzender des Ausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen im Jahre 1953 die Zonenrandförderung begründet hat. Und der sie in kritischen Zeiten vor der Aushöhlung hat bewahren helfen, weil er andere überzeugen konnte, daß die Sache des Zonenrandgebietes nicht nur Sache der unmittelbar betroffenen Bevölkerung und Abgeordneten ist, sondern eine Frage der nationalen Solidarität bleibt. Mit seiner Hilfe, dessen bin ich mir sicher, werden wir die Substanz der Zonenrandförderung auch in den 80er Jahren bewahren.

+ + +



Die Rechte gewinnt an Boden

Der Rechtsextremismus verführt besonders junge Menschen

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Der Verfassungsschutzbericht 1980 enthält keine Überraschungen. Zunächst: Es handelt sich um eine Darstellung der extremistischen Bestrebungen in der Bundesrepublik unterteilt nach Rechtsextremismus, Linksextremismus, mit einem Sonderabschnitt linksextremistischer Terrorismus und Ausländerterrorismus sowie Spionageabwehr.

Der Verfassungsschutzbericht befaßt sich also nur mit einigen Aspekten, die für die Stabilität unseres Staates und unserer Demokratie und für die innere Sicherheit in unserem Land von Bedeutung sind. Wesentliche Fragen wie die staatlichen Organisationen und die demokratischen Institutionen funktionieren, in welchem Ansehen sie bei der Bevölkerung stehen und wie tief die freiheitlich-demokratische Ordnung in der Bevölkerung verwurzelt ist, werden im Verfassungsschutzbericht nicht erörtert.

Was den Extremismus anlangt, so ergibt sich aus dem Verfassungsschutzbericht eindeutig, daß keine akute Gefahr für die Existenz der Bundesrepublik und die freiheitlich-demokratische Grundordnung besteht. Den extremistischen Gruppierungen ist es nicht gelungen, nennenswerten Einfluß in der Bevölkerung zu gewinnen. Das sich aus den politischen Wahlen ergebende Bild der Einflußlosigkeit und Bedeutungslosigkeit wird vom Verfassungsschutzbericht bestätigt. Die militanten extremistischen Kräfte, die durch Gewalt und Terror unseren Staat und seine Ordnung erschüttern wollen, haben, was das linke Spektrum anlangt, an Schlagkraft weiterhin deutlich eingebüßt. Die Möglichkeit, daß sie erneut zu terroristischen Einzelaktionen auch gegen Personen in der Lage sind, läßt sich jedoch nicht ausschließen.

Eine zunehmende Bereitschaft zu Gewalttätigkeit und zum Terror ist dagegen beim Rechtsextremismus festzustellen ebenso wie ein Anstieg der Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Organisationen. Die Zahl rechtsextremistischer Gesetzesverstöße und Gewalttaten hat 1980 - wie in den Vorjahren - zugenommen. Besonders bemerkenswert erscheint, daß bei Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund die Gruppe der Jugendlichen und Heranwachsenden (14 bis 20 Jahre) mit 39 Prozent am stärksten vertreten ist. Ihr folgen mit 27 Prozent die Altersgruppen von 21 bis 30 Jahren, mit 16 Prozent die 31- bis 40jährigen und mit elf Prozent die 41- bis 50jährigen. Eine Aufschlüsselung der am 31. 12. 1980 erfaßten militanten rechtsextremistischen Aktivisten, die Gewalt angedroht haben und als Gewalttäter, Unterstützer von Gewalttätern, Planern und Gewalttaten, Gewaltpropagandisten, Waffenlagerer oder Sprengstoffbesitzer erkannt worden sind, ergab, daß die 21- bis 30jährigen mit 46 Prozent am stärksten vertreten sind. Dann folgen Jugendliche und Heranwachsende mit 22 Prozent.

Dieser Umstand, daß es dem militanten Rechtsextremismus leider gelungen ist, besonders junge Menschen zu verführen, dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß der gesamte Rechtsextremismus alles tut, um das Nazi-Regime zu rechtfertigen, seine Verbrechen zu leugnen oder zu verharmlosen. Das unterstreicht die Notwendigkeit, solcher rechtsextremistischer Propaganda, die den Boden bereitet für aufkeimenden Neonazismus und Gewalt und Terror von rechts, noch entschiedener und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Vorschlag des Bundesministers der Justiz, die Verherrlichung, Leugnung und Verharmlosung nazistischer Verbrechen mit Strafe zu bedrohen seine besondere Bedeutung.

Besondere Aufmerksamkeit verdient schließlich die die Ausländerfeindlichkeit schürende Kampagne der Rechtsextremisten. Hier wird versucht, in der Bevölkerung vorhandenen Unmut und Angstgefühle im Interesse des Rechtsextremismus zu mobilisieren und nach dem üblichen Strickmuster der Rechten wehrlosen Minderheiten zum Sündenbock und Blitzableiter zu machen.

(-/11.8.1981/hi/hgs)

